



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

war nahezu soweit hergestellt, daß sie dem Bahnverkehre wieder übergeben werden konnte, als ich den überrheinischen Boden verließ.

Th. G.

Aus Schwaben.

10. December.

Der Eintritt Württembergs in den neuen deutschen Bund ist hierzuland nicht grade mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden. Da und dort wurde die neubeschaffte schwarz-weiß-rothe Fahne auf den Giebel des Hauses gesteckt. In einigen Orten erlaubte sich die nationale Partei ein Freudenbanket zu feiern, wozu ihr bekanntlich in Württemberg bislang selten Anlaß gegeben war. Die bürgerlichen Collegien der Stadt Stuttgart richteten an den König eine Dankadresse, welche jetzt huldvoller aufgenommen wurde als jene Adresse der Landesversammlung, die um den Anschluß an den norddeutschen Bund hat zu einer Zeit, da die allerhöchsten Entschlüsse in der Stuttgarter Königsburg noch nicht völlig gereift waren. Im Uebrigen verursachte das Ereigniß, über welches doch seit vier Jahren — so lange es in unerreichbarer Ferne stand — so heftige Fehde geführt worden war nun da es eintrat, nur geringe Bewegung. Fast von allen Seiten stand man zunächst kühl der Sache gegenüber, verstimmt durch die ermüdende Geschichte der Vorverhandlungen. Zwar waren zum Enthusiasmus geneigte Gemüther schon durch die norddeutsche Bundesverfassung nicht verwöhnt, die Prosa hatte sich damals sehr ersprießlich erwiesen, und man hatte gelernt, bei politischen Verfassungen mehr auf Solidität als auf angenehmes Aeußere zu halten. Aber die Art, wie nun jetzt der Handel betrieben wird, und von den wohlbemessenen Paragraphen der Nordbundesverfassung theils im Interesse der fürstlichen Souveränitäten, theils in dem des Sondernutzens der einzelnen Vaterländer heruntergefesselt wurde, war doch allzu unerquicklich. In dieser Beziehung war die Deffentlichkeit hinderlich, welcher sich heutzutage auch die vertraulichen Verhandlungen der Diplomatie nicht mehr entziehen können. Denn nicht mehr die diplomatischen Acte allein, sondern auch ihre mühseltige Vorgeschichte mit allen mehr oder minder erfreulichen Details, mit allen Zögerungen, Einwürfen und Hemmnissen pflegt sich heutzutage der öffentlichen Kenntniß und Kritik preiszugeben und beeinträchtigt im Voraus auch den Eindruck großer Dinge. Auch die Befriedigten vermiften doch den großen Wurf, der einem solchen Werk gezieme. Die deutsche Partei, die sich

vor der Erfüllung ihres seit 4 Jahren festgehaltenen Programms sah, war betroffen über die Einräumungen, die dem Staatenprinzip gemacht wurden, über die Exemtionen und Privilegien, die an Württemberg und mehr noch an Bayern fielen, über die gewaltigen Barrieren, die jedem vernünftigen Fortschritt gestiftlich in den Weg gewälzt wurden. Umgekehrt die Gegner zürnten über eben diese Zugeständnisse, weil sie ihnen einen Theil der polemischen Argumente, an welche sie sich gewöhnt hatten, entzogen. Lieber wäre ihnen noch der unbedingte Eintritt in den Nordbund gewesen, weil sie dann noch gewaltiger protestiren und ihrer sittlichen Entrüstung hätten Luft machen können. Es ging, wie es immer bei Compromissen gegangen ist: sie befriedigten Niemanden. Und doch war in diesem Fall ein Compromiß das einzig Mögliche gewesen.

Zum Glück hatte man nicht lange Zeit, müßige Kritik zu üben und verdrießlich zur Seite zu stehen. In wenigen Tagen standen die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung bevor, und dies bewirkte schnell, daß man Stellung für und wider nahm. Die Bewerber um die Sitze in dem künftigen Haus sahen sich genöthigt, vor den Wählern sich zur Annahme oder Verwerfung der neuen Verfassung zu bekennen. Bisher hatte es sich im Wahlkampf überhaupt um den Anschluß an den norddeutschen Bund gehandelt, der von der einen Seite verfochten, von der anderen bekämpft wurde. Jetzt da die Modificationen des Eintritts bekannt wurden, zeigte sich bald, daß dies an der Stellung der beiden Hauptparteien lediglich nichts ändern konnte. Die Einen blieben dem Anschluß Feind, trotz der gemachten Einräumungen, die Andern befürworteten den Eintritt, auch unter den unerwünschten Bedingungen. Nur war für die Wahlbewegung der Umstand, daß überhaupt Aenderungen zu Gunsten der Südstaaten gemacht wurden, eher günstig zu nennen. Denn es schlug den Einwand, der von dem Schreckbild des „unbedingten Eintritts“ hergenommen war, nieder; das Volk war doch nicht unempfänglich dafür, daß man auch auf der anderen Seite etwas nachgelassen habe, damit der Bruderbund zu Stande komme, und selbst einzelne Candidaten bekamen Lust, darin eine Brücke zu sehen, um von ihrem Nein zu einem Ja überzugehen. Allein das Entscheidende konnten für Freund und Feind nicht diese Details und Abänderungen der Verfassung sein, das Entscheidende war die Verfassung selbst. Die Dinge lagen doch anders als im Norden, wo wenigstens einen Augenblick die Frage aufgeworfen werden konnte, ob die Verschlechterung der Verfassung aufgewogen werde durch ihre Ausdehnung über die Südstaaten. In diesen letzteren stand nur das eine im Vordergrund: die Ueberbrückung des Rheins, die Einfügung in den Bundesstaat, die Ausdehnung von Centralgewalt, Parlament, einheitlicher Heeresverfassung und Gesetzgebung auch auf Württemberg. Ob die Rechte der Centralgewalt karg

oder reichlich bemessen waren — gleichviel, wenn sie nur an die Alpen reichte. Dies blieb fortan der Inhalt der Wahlbewegung, und so sprach sich das allgemeine Stimmrecht am 5. December über die Frage aus, ob Württemberg dem neuen deutschen Bunde angehören solle oder nicht.

Noch vor dem Wahltag aber wurden plötzlich die Gemüther nach einer ganz anderen Seite hin in Anspruch genommen. Eine tiefe Trauer und Bestürzung bemächtigte sich des Landes, als die Kunde von den blutigen Ausfallgefechten an der Marne vom 30. November und 2. December einliefen. Die Württemberger hatten an diesen Tagen den heftigsten Ansturm des weit überlegenen Feindes auszuhalten; sie erlitten Verluste, die in hunderten von Familien plötzlich Niedergeschlagenheit und Sorge verbreiteten. Wenn man sie gegen diejenigen hält, welche die anderen Staaten erlitten hatten, so konnte man sie freilich keineswegs unverhältnißmäßig nennen. Allein es waren die ersten großen Verluste, welche Württemberg trafen, und nun trafen sie zu einer Zeit, da man das Ende des Krieges bereits nahe glaubte und man fast schon der Sicherheit sich hingab, daß die Gunst des Geschicks, die unsere Landsleute bisher gnädig verschont hatte, ihnen vollends zu Ende treu bleiben werde. So traf denn der Schlag allerdings doppelt heftig in eine Stimmung, die beinahe schon zur Sorglosigkeit geworden war, die sich an den Gedanken des Wiedersehens der glücklichen Sieger gewöhnt hatte. Bisher war fröhlich zur Feier der Siege geflaggt worden, die nicht durch das eigene Blut erkaufte waren. An Sorge für die Verwundeten und Kranken hatte es auch in unserem Lande so wenig als anderswo gefehlt; aber die Verwundeten, die in den Lazarethen des Landes lagen oder halbgenesen durch die Straßen gingen, waren fast ausschließlich Preußen oder Bayern gewesen. Jetzt zum ersten mal trat auch uns der Ernst des Krieges nahe. Auch bei uns harrete man ängstlich der Verlustlisten. Auch unsere Zeitungen füllten sich mit Traueranzeigen der Familien, die gefallene Söhne oder Brüder beweinten. Wenn auch unser Contingent vermöge der erst begonnenen Reorganisation des Heerwesens verhältnißmäßig das kleinste war, so hatte es sich doch ebenbürtig erwiesen, an Tapferkeit und Hingebung stand es keinem nach: jetzt erst traten wir mit Deutschland in die volle Opfergemeinschaft. Mit einem mal ward die Stimmung eine ernstere, und die Redner der deutschen Partei, die in den Wahlversammlungen sich auf die von Deutschland gebrachten Opfer beriefen, die nicht vergebens gebracht sein dürfen, sahen sich noch in letzter Stunde unvermuthet durch Ereignisse unterstützt, die einem Jeden unmittelbar zum Herzen sprachen.

Die Wahlen vom 5. December sind zu einem Erfolg der deutschen Partei geworden, wie er noch während des Wahlkampfes kaum zu hoffen war. Württemberg hat sich politisch rehabilitirt. Ueber Erwarten zeigte

sich, daß die demagogische Phrase abgenützt ist und der Appell an die kleinbürgerliche Schwärmerei für kleine Steuern und kleine Militärlasten vor den großen Thatsachen des nationalen Krieges seine Kraft verloren hat. Es ist wirklich in diesen Kriegswochen ein Läuterungsproceß im Innern des schwäbischen Volkes vor sich gegangen, und gerne sehen sich auch die Mißtrauischen belehrt, die befürchteten, daß die Empfänglichkeit für die geschickten Schlagworte der radicalen Wühler tiefere liege und durch den Wahlkampf auf's Neue gereizt und genährt werden möchte. Und allerdings ein heißer Kampf war es in den meisten Bezirken, denn die demokratischen und ultramontanen Bewerber vertheidigten mit Leidenschaft ihre alten Stellungen, und auch sie entnahmen ihre stärksten Argumente dem mörderischen unabschließbaren Kriege. Wiederum ließe sich eine wenig erbauliche Blumenlese zusammenstellen. Klage doch Probst geradezu Preußen an, daß es von 1866 her der intellectuelle Urheber dieses Krieges sei. Hopf, unser schwäbischer Jacoby, scheute sich nicht den Wählern zu sagen: auf die Frage wer Schuld an dem Kriege sei, lasse er sich nicht ein; ein Eroberer sei selten mit dem zufrieden was er habe, heiße er nun Napoleon oder Wilhelm. Das Wort: du sollst nicht tödten, gelte für Napoleon und König Wilhelm ebenso gut wie für den gemeinen Mann. Nach Sedan hätte man Frieden machen sollen und nicht den Krieg fortsetzen gegen eine edelmüthige und brave Nation, die nichts von uns gewollt hat. Daß man mit dem Eintritt in den Bund unerschwingliche, Alles verzehrende Lasten für das Militärwesen auf sich nehme, daß die Rechtspflege bedroht, die Staatsfinanzen ruiniert seien, die totale Vernachlässigung des Schulunterrichts bevorstehe. das und ähnliches war genau, wie bei den Wahlen vor zwei Jahren, der stehende Refrain in den Reden der Gegner.

Vielleicht findet man, daß mitten in einem solchem Kriege das Gericht des allgemeinen Stimmrechts über die alten Parteien noch vernichtender hätte ausfallen sollen. Auch in der neuen Kammer werden die Probst, Mohl Hopf, Osterlen und Andre ihrer Gesinnungsgenossen ihre Sitze wieder einnehmen. Allein wer die jahrelange Agitation kennt, die mit jenen schlechten Mitteln in unsrem Volk getrieben wurde, wird den Ausfall immerhin für einen höchst erfreulichen Fortschritt zum Besseren halten müssen. Auch ist die Bedeutung des klerikalen Elements nicht zu unterschätzen, das nun einmal unbekehrbar ist, und weit gefährlicher sich zeigt, als der Lärm der Radicals. Es ist voraussehen, — und gerade diese Wahl liefert beachtenswerthe Symptome — daß den Klerikalen in Zukunft die eigentliche Leitung der Opposition zufallen wird, und unsre Zustände werden somit mehr und mehr denen in Bayern und Baden verwandt werden. In Zukunft werden die unversöhnlichen Demokraten nur noch die versprengten Franc tireurs des ultramontanen Hauptheeres sein.

Eben damit hängt es zusammen, daß auch auf der anderen Seite das confessionelle Element schärfer als bisher in Action getreten ist und wesentlich zum nationalen Erfolg beigetragen hat. Eine solche Reaction des protestantischen Bewußtseins kommt nicht unerwartet. Man hat in unserem paritätischen, doch zu zwei Dritttheilen protestantischen Lande lange Zeit das Bekenntniß der Minderheit eifrig gehätschelt, besonders war das Ministerium Goltzer bemüht gewesen, die Katholiken bei guter Laune zu erhalten. Die ganze Richtung unsres gegen Preußen Front machenden Staatswesens, die Cooperation von Demokraten und Rerikalen, die thatsächlich den letzteren zu größerem Einflusse verhalf, endlich der Aufschwung, den der Katholicismus überall mit dem ökumenischen Concil nahm, das Alles hat allmählich auch die streng protestantischen Kreise aufrütteln müssen, wenigstens eine defensive Stellung einzunehmen. Schon seit vier Jahren standen die frommen Secten des Landes in treuer Bundesgenossenschaft mit der deutschen Partei, und es ist ihnen diesmal gelungen, mehrere Vertreter ihrer specifischen Richtung in die Kammer zu bringen. Auch darf der protestantischen Geistlichkeit des Landes, wenn sie gleich nach ihrer ganzen Stellung nicht derselben Mittel sich bedienen kann und mag, wie die katholische, ein erheblicher Antheil an dem glücklichen Wahlresultat beigezessen werden.

Von den Verlusten, welche die particularistische Opposition erlitten hat, ist der bemerkenswertheste der Durchfall Carl Mayer's, des Führers unrer local-patriotischen Volkspartei, die gern mit der Socialdemokratie aller Länder cofettirte, ihren Cultus mit Emilio Castelar und den Helden der Friedensliga trieb, aber im Grunde ein recht harmloses, wenn auch verbissenes, specifisch schwäbisches Landeserzeugniß war. Sie glich mehr einer kleinstädtischen Zunftstube, die ängstlich über ihren Privilegien wacht und nur als unschuldige Decoration, im Einverständnis mit der Polizei, außen das bedrohliche Banner der europäischen Socialdemokratie angebracht hat. Schon während des Wahlkampfes hatte Carl Mayer Gelegenheit, über den Wechsel der Volksgunst seine Studien zu machen. Vor zwei Jahren war er der gefeierte Held, der widerstandlos von Triumph zu Triumph in seinem Wahlkreis eilte. Heute gleichen seine Wahlreisen vielmehr einer fortgesetzten Flucht; er sah sich von Ort zu Ort von seinen siegesgewissen Gegnern verfolgt, und wohin er kam, winkten ihm überall schon zum Willkommen die verhaßten schwarzweiß-rothen Fahnen entgegen. Da in diesem Bezirk eine katholische Bevölkerung mit ihrer Geistlichkeit fehlte, war seine Candidatur aussichtslos geworden. Mit ihm erlitten das Schicksal des Durchfalls Becher, der Reichsregent vom Jahr 1849, der vor zwei Jahren als Zollparlamentscandidat das unglückliche Wort verübte, daß die Würtemberger die Einheit zwar nicht verhindern, aber verpfuschen könnten, ein Wort, das ihm unvergessen blieb und ihn jetzt zu Fall brachte; ferner der Staatsrechtslehrer Fricker, der erklärte, nicht zu den Todengräbern der württembergischen Selbständigkeit gehören zu wollen; dann Sigmund Schott, der Verfasser der „menschlichen Schwächen“, der sich im März d. J. als scharfsinniger Casuist des Casus foederis hervorgethan hatte, und eine Reihe von auswärtis minder bekannten Namen, die nunmehr auch in ihrer Heimath wieder in eine wohlthätige Vergessenheit zurücksallen.

Die Führer der deutschen Partei sind sämmtlich wiedergewählt. Die Römer, Hölder, Elben, Weber, Pfeiffer stehen heute an der Spitze einer starken Partei, die werthvollen Zuwachs von neuen Kräften erhalten hat und etwa 30 Köpfe stark ist. Die Anstrengungen, welche seit 4 Jahren unter fast hoffnungslosen Umständen treu und unverdrossen von dieser Partei gemacht worden sind, sehen sich heute von glücklichem Erfolge gekrönt. Da-

neben zählt die eigentliche Regierungspartei über 20 Abgeordnete, ein Zuwachs, der um so begreiflicher erscheint, als das Volk offenbar der ewigen Agitation der Volkspartei müde geworden ist. Uebrigens haben deutsche und Regierungs-Partei durchaus einträchtig zusammengewirkt, und man dürfte in der loyalen Haltung der Regierung während der Wahlen zugleich einen Beweis dafür sehen, daß dieselbe entschlossen ist, ehrlich in die Bahn der neuen Bundespolitik einzutreten. Die vereinigte Linke, Klerikale und Radicale, ist auf 15—20 Stimmen zusammengeschmolzen, und so ist mit dem Ausfall der Wahlen auch das Schicksal des Anschlußvertrags in der Kammer entschieden. Unter den Volksabgeordneten allein ist die zur Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden, und dazu kommen noch die etliche 20 privilegierten Stimmen der Ritter- und Prälatenbank, die gleichfalls alle dem Anschluß gesichert sind. Die Ritterschaft hat in ihren Wahlen vollends alle zweifelhaften „großdeutschen“ Elemente entfernt und ausschließlich national gewählt, wenn man nicht etwa den Fhrn. v. Barmbüler ausnehmen will, der aber gleichfalls für den Vertrag stimmen wird.

So ist denn durch diese Wahlen eine durchgreifende Aenderung in unserm Parteiwesen herbeigeführt. Die deutsche Partei, bisher eine kleine Minderheit, ist heute zur stärksten Partei geworden, und wenn damit der Anschluß an den norddeutschen Bund entschieden ist, so wird zugleich die Rückwirkung auf das innere politische Leben des Einzelstaates die wohlthätigste sein. Württemberg wird es in Bälde erfahren, daß durch den staatlichen Anschluß an Deutschland auch seine inneren Einrichtungen gedeihlicher sich entwickeln können, als dies unter den ewigen Hemmnissen eines erbitterten und fruchtlosen Parteigezänks möglich war. Und so schließt denn das gewaltige Jahr, das uns in Sturm und Wetter die deutsche Einheit bringt, unter den erfreulichen Anzeichen ab, daß auch den einzelnen Gliedern neues frisches Leben zufließen wird aus ihrer Verbindung zum neuen Reich! 7.

Kriegsbericht.

Die Beschießung von Paris.

Das Bombardement von Paris wird nach den hartnäckigen Kämpfen an der Marne vom 29. Nov. bis zum 2. Dec. in ganz Deutschland mit Ungeduld gefordert. Unter den Gründen, mit welchen man die Verzögerung zu erklären sucht, sind die am eifrigsten umhergetragen worden, welche die Bedenken unserer Armeeleitung auf die Einwirkung deutscher und fremder Fürstinnen zurückführen. Dies ist unwahres und thörichtes Geschwätz, und sollte nirgend geglaubt werden, wo man Vertrauen zu der Einsicht und zu dem Gewissen unseres Obercommando's haben will. Hoffentlich ist der Tag nicht fern, wo der Generalstab des Hauptquartiers selbst eine kurze aber ausreichende Motivierung seiner Dispositionen geben wird — nach der Uebergabe. Bis dahin möge, was man nicht aussprechen kann, der deutsche Leser sich selbst deuten, wenn er folgenden Thatfachen Beachtung gönnt. — Der Ring, in welchem die Forts Paris schützend umschließen, hat $6\frac{1}{2}$ —7 deutsche Meilen Kreisumfang, der Ring, in welchem unsere Batterien die Forts mit der Stadt einschließen könnten, würde — abgesehen von der Terrainbeschaffen-